Nr. 46 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 25. Februar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Neuer Konflikt in Genf

Die deutschen Anträge abgelehnt — Locarnopakt soll revidiert werden — Die Abrüstungsdebatte auf dem toten Punkt

Genf. In dem engeren Ausschuß der Abrüstungskonferenz, der den Vorschlag der englischen Regierung auf Verpflichtung sämtlicher Mächte behandelt, unter keinen Umständen in einem zukünftigen Konflikt zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, kam es zu ernsten Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Aufhebung der Sitzung führten. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Südslawiens verlangten als Ausnahme gewisse Bestimmungen, vor allem des Locarnopaktes die praktisch bedeuten würden, daß deutsche Truppenansammlungen in der entmilitarisierten Rheinlandzone die Locarnomächte zu einem Vorgehen gegen Deutschland berechtigen.

Der deutsche Vertreter Gesandter Goeppert widersetzte sich dieser Auffassung. Schließlich wurde vorgeschlagen, daß die 5 Locarnomächte England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland sich untereinander über die Frage verständigen. Dem widersetzten sich aber die Türkei und Südslawien. Die Sitzung wurde deshalb fristlos vertagt.

Die Vertreter der Locarnomächte traten unmittelbar danach zu einem privaten Meinungsaustausch zusammen.

*

Der Kampf um die weitere Behandlung der französischen Heerespläne oder den deutschen Vorschlag auf Entscheidung über die qualitative Abrüstung, die am Mittwoch ergebnislos abgebrochen war, wurde am Donnerstag im Hauptausschuß weiter fortgesetzt. Nadolny, dem Henderson nach dem Zwischenfall als erstem das Wort erteilte, stellte in einer kurzen Erklärung fest, daß der gestrige deutsche Antrag zu den bisherigen Geschäftsordnungsbeschlüssen des Hauptausschusses durchaus nicht im Gegensatz stehe. Jede Abordnung habe das uneingeschränkte Recht, Anträge und Abänderungsvorschläge einzubringen. Dies habe die deutsche Abordnung getan. Die deutsche Abordnung stelle sich völlig auf den Boden des englischen Arbeitsprogramms, nach dem die Effektivfrage erst an dritter Stelle, dagegen die mit dem Hooverplan zusammenhängende grundsätzliche Abrüstungsfrage zunächst behandelt werden müsse. Der französische Vorschlag einer Vereinheitlichung des europäischen Heeressystemes sei kein Abrüstungsvorschlag, sondern eine bloße Berechnungsmethode, deren Durchführung auf die größten Schwierigkeiten stoße und die Konferenz wieder in die frühere Phase uferloser Sachverständigenberatungen zurückwerfen würde. Die deutsche Regierung lehne es ab, zu dem französischen Plan Stellung zu nehmen, bevor nicht über wirksame Abrüstungsmaßnahmen, vor allem über die Beschränkung des Kriegsmaterials und die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände, eine Entscheidung getroffen sei. Die deutsche Abordnung halte ihren Vorschlag auf Ueberweisung des französischen Planes an den zuständigen Effektivausschuß und sofortige Behandlung der qualitativen Materialabrüstung uneingeschränkt aufrecht.

Staatssekretär Eden (England) beantragte, die Aussprache über den französischen Plan sofort zu eröffnen. Er begreife die deutschen Einwände nicht.

Der italienische General Cavallere verteidigte in einer langen Rede den italienischen Vorschlag, einen Redaktionsausschuß mit der Ausarbeitung eines dem französischen Vorschlage entsprechenden Fragebogen über die Kriegsmaterialfrage zu beauftragen, damit die Konferenz endlich die unerläßliche Entscheidung über das künftige Kriegsmaterial und die schweren Angriffswaffen der einzelnen Mächte treffen könnte.

Paul Boncour erging sich in langatmigen Wiederholungen des bekannten französischen Standpunktes, aus denen wieder nur hervorging, welchen Wert die französische Regierung auf die Zertrümmerung der deutschen Reichswehr legt. Die Konferenz müsse sich entscheiden, ob sie die Vereinheitlichung der Heeressysteme wolle oder nicht.



Umbildung der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln

Oberstudiendirektor Dr. Karsen, der oft genannte Leiter der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, in der die Jugendlichen nach den radikalsten Prinzipien der Schulreformer erzogen wurden, ist jetzt vom kommissarischen preußischen Unterrichtsminister mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Die Schule selbst wird gänzlich umorganisiert werden.

Becks Echo!

Vor zwei Wochen hielt der polnische Außenminister Beck sein erstes parlamentarisches Exposee im Auswärtigen Ausschuß des Sejms. Die Debatte ist vertagt worden, obgleich die Opposition drängte, um ihre Meinung zu den außenpolitischen Geschehnissen kundzutun. Wer nun der Meinung war, daß die Opposition mehr als fromme Wünsche zum Ausdruck bringen wird, der sah sich durch die Debatte, die am Mittwoch zu Becks Ausführungen stattfand, um all seine Erwartungen getäuscht. Die Opposition blieb jede große Antwort an die Ereignisse der Zeit schuldig und könnte übergangen werden, wenn nicht an Stelle des Außenministers der Vorsitzende der auswärtigen Kommission, Fürst Radziwill, die Rolle des Außenministers übernahm und jene Schärfe als Antwort angewendet hat, die eigentlich dem offiziellen Leiter der polnischen Außenpolitik zukommen würde. Nun sollte man sich keinerlei Illusionen hingeben, als wenn irgend ein gewöhnlicher Sterblicher ein Programm entwickeln könnte, welches von langer Dauer ist. Die außenpolitischen Situationen aller Staaten unterliegen ständigem Wechsel, das große Ziel ist der Friede, der indessen an allen Ecken und Enden gefährdet ist und nur ein Bündnissystem verschleiert die wahren Ursachen, die auf eine große Völkerkatastrophe hindeuten: Morgen wieder Krieg!

Einig ist sich die polnische Bevölkerung und ihre Vertretung im Sejm darin, daß gegen die deutschen Revisionswünsche entschieden protestiert werden muß und das man nicht daran denke, etwaige deutsche Dummheiten mit eigenen Dummheiten zu beantworten, also Revisionswünsche mit neuen Forderungen zu verknüpfen. Die Opposition begeht hierbei den Fehler, daß sie eine schärfere Abwehr fordert, die gar nicht gegeben ist, denn, was der deutsche Reichskanzler, bezüglich Polen, als Forderung angeblich aufgestellt haben soll, ist ja amtlich prompt dementiert worden, und wenn nun Herr Beck abwehren wollte, wäre es Politik im leeren Raum. Da steht es schon dem Fürsten Radziwill besser an, zu sagen, daß Polens Politik an den Friedensvertrag gebunden sei, daß es die französische Freundschaft achte und als Grundlage der polnischen Außenpolitik betrachte, wenn Deutschlands Erneuerung auch kolonialer Natur sei, so werde auch Polen seine Ansprüche anmelden, im übrigen wolle man den Frieden und gute Beziehungen zu Deutschland, wenn dieses gleiche Bestrebungen gegenüber Polen hegen sollte. Da dies nicht der Fall ist und in absehbarer Zeit auch kaum den Wünschen des Herrn Radziwill entsprochen wird, so bleibt die Spannung bestehen, die auf Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen schließen läßt.

Es hat keinen Sinn, mit den Forderungen der polnischen Opposition bezüglich der Außenpolitik zu diskutieren, denn sie hat keine eigenen Ziele, sondern vermischt in diesen Fragen innere Entwicklung mit außenpolitischen Forderungen. Polen ist in seiner Außenpolitik nicht unabhängig, auch wenn im Exposee des Herrn Beck diese Unabhängigkeit demonstriert wird. Wer auf dem Boden der bestehenden Friedensverträge fußt, muß sich den Schöpfern dieser Traktate unterordnen, und das haben wir insbesondere bei der Kleinen Entente beobachten können. Man mag zwar gegen gewisse Bestrebungen und Nachgiebigkeiten der Freunde Sturm laufen, das ändert nichts an der Tatsache, daß sowohl der Vertrag von Versailles, als auch der von St. Germain nach und nach revidiert werden und zwar sehr gründlich, was insbesondere am besten dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Reparationszahlungen aufgehört haben, man ein Abkommen nach dem anderen schuf und den Vertrag von Versailles derart durchlöcherte, daß er dem Geiste nach noch besteht, dem Inhalt nach aber sehr fragwürdiger Natur ist. Seine Revision ist unvermeidlich und sie wird besonders durch amerikanische Kreise betrieben, während man in England es für selbstverständlich findet, daß er geändert werden muß und auch in Frankreich schafft sich dieser Gedanke immer mehr Raum. Aber niemand wird es Polen verübeln, wenn es auf seinem Standpunkt verbleibt und jede Diskussion über etwaige Revisionen ablehnt.

Der Grundsatz, daß die Innenpolitik sich den Bestrebungen der Außenpolitik zu unterordnen habe, ist ja ein demokratischer Grundsatz, und nicht zuletzt ist das gespannte Verhältnis aller Staaten zueinander darauf zurückzuführen, daß überall die Innenpolitik von einem diktatorischen Geist durchfruchtet ist, der eine Stimmung schafft, die Europa gefährdet. Ob dies nun in der Abrüstung oder in der Bündnispolitik

Blum und Herriot gegen die deutsche Reaktion

Heftige Angriffe gegen die Reichsregierung — Sammelruf an die deutsche Arbeiterklasse

Paris. Im sozialistischen „Populaire" richtet Leon Blum einen Aufruf an die zweite Internationale zum Kampf gegen die gegenwärtige Reichsregierung. Die Aufgabe der französischen Sozialisten bestehe darin, ihre deutschen Kameraden durch alle zur Verfügung stehenden Mittel in ihrem Kampf zu unterstützen. Leon Blum wendet sich auch an die Kommunisten, die er ebenfalls zum Kampf gegen die Reichsregierung auffordert. Er begründet dies damit, daß Hitler es weniger auf Frankreich, als auf Polen und Rußland abgesehen habe.

Gleichzeitig beschäftigt sich Herriot in der „Ere Nouvelle" in einem Appell an die übrigen Westmächte mit der Lage in Mitteleuropa und mischt sich dabei ebenfalls in innerdeutsche Verhältnisse. Man könne der Regierung Hitler zum mindesten nicht den Vorwurf machen, daß sie es an Gewalt fehlen lasse und man wisse heute noch nicht, was aus Bayern werde. Inzwischen setze die italienische Regierung ihren Beleidigungsfeldzug gegen Frankreich fort. Der einzige Trost bei dieser Lage sei die Tatsache, daß man in Deutschland jetzt endlich gewisse Anzeichen für einen Zusammenschluß der Opposition feststellen könne. Man sei sich endlich darüber klar geworden, daß die Diktatur den Krieg bedeute, da letzterer nur eine Auswirkung der Diktatur sein könne.

Aus der deutschen Wahlbewegung

Berlin. Auch am Donnerstag fanden im ganzen Reich stark besuchte Wahlversammlungen statt, in denen die Führer der politischen Parteien sprachen. Neben dem Reichskanzler Hitler in Frankfurt a. M., dem Reichsarbeitsminister Seldte in Königsberg, dem Prälaten Kaas in Dortmund und dem stellvertretenden Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Hugo in der Berliner Philharmonie, trat noch eine Reihe anderer bekannter Persönlichkeiten des politischen Lebens in Wahlkundgebungen auf.

Im Berliner Sportpalast wandte sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pieck gegen verschiedene Maßnahmen der Reichsregierung. Die KPD sei zu jedem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie bereit, aber sie lehne es ab, sich jeder Kritik an den SPD- und Gewerkschaftsführern zu enthalten. Als der Redner erklärte, es läge der KPD nichts an religiösem Trost, ihre Kinder wollten zu essen haben, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, worauf sich ein großer Tumult erhob. — Der frühere Reichskanzler Dr. Marx hob in einer Wahlrede in Neiße hervor, daß das Zentrum an der Zerrissenheit Deutschlands nicht schuld sei. Die Zentrumspartei sei der Ansicht, daß das deutsche Volk nicht von der Wilhelmstraße aus ohne Volksvertretung regiert werden könne. In Deutschland habe sich noch nicht ein Mussolini gefunden.

zum Ausdruck kommt, bleibt sich einerlei, wir durchleben eine Zeit, die in allen Fugen kracht und auf etwas Neues wartet, welches nicht mit schönen Friedensreden zum Ausdruck kommt, sondern durch eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse. Mag auch das polnische, offizielle Oberstenblatt über die sozialistischen Forderungen mit Lächeln zur Tagesordnung übergehen, es bleibt schon richtig, was Genosse Niedzialkowski sagte, daß nur eine Bauern- und Arbeiterregierung fähig sein werde, Verständigungs- und Friedenspolitik zu treiben. Sie wird es nicht allein tun können, sondern nur im Zusammenhang damit, daß in ganz Europa dieser neue Geist der Rebellion Platz greift und das Alte stürzt. Die heutigen Diplomaten und Bündnispolitiker wollen diese Zeit nicht begreifen, weil sie eben zu sehr an den Geist vor 1918 gebunden sind, der sich als ein großer Selbstbetrug der Völker erwies und seine Verankerung im Versailler Vertrag gefunden hat.

Man mag, wie in Amerika, sich an die „Technokratie" binden wollen, um den Verfall des Kapitalismus zu umgehen, man mag dem Kinde einen anderen Namen geben, immer beweist man damit, daß die heutigen Verhältnisse unhaltbar sind, und sie finden ihren schärfsten Ausdruck in den auswärtigen Beziehungen der Völker zueinander, wie sie auch in der Replik des polnischen Außenministers Ausdruck fand, daß er nur das allgemein Bekannte sagte und sonst die Ereignisse selbst sprechen ließ, mit dem frommen Wunsch. Wir werden erst auf Angriffe antworten, sie abzuwehren, besteht kein Grund und mehr, als er sagen wollte, vermochte leider auch die Opposition nicht. Wir wiederholen, daß man von einem stabilen Ziel der polnischen Außenpolitik nicht sprechen kann, weil sie eben von den Ereignissen selbst beeinflußt ist und keine andere sein kann, als diejenige, die die Schöpfer von Versailles bestimmen. Daß man den Besitz verteidigt, ist begreiflich und selbstverständlich, aber alle Dinge unterliegen der Wandlung, wie die Zeit selbst. Das Echo der Reden des polnischen Außenministers kann nicht mehr enthalten, und wie ihr Sinn war, vermochte auch nicht die Opposition zu deuten: Abwarten und dem Gegner keine Handhabe zum Angriff geben. Wenn dies das Ziel der Führung der polnischen Außenpolitik sein soll, so hat Herr Beck es, auch ohne Kritik der Opposition, erreicht.

—ll.

Ein Aufruf des Reichsbanners

Berlin. Im Auftrage der Bundesgeneralversammlung erläßt die Bundesleitung des Reichsbanners einen Aufruf: „An das deutsche Volk!" und „An die Kameraden des Reichsbanners!". Es heißt darin: Aus den Zeiten schlimmster deutscher Vergangenheit **ist die verächtliche Gewohnheit wieder auferstanden, Millionen von Volksgenossen außerhalb des gemeinsamen vaterländischen Rechts zu stellen.** Die Soldaten des Weltkrieges, die im Lager des arbeitenden Deutschlands stehen, werden heute beschimpf, ihre Blutopfer verachtet, ihre Gesinnung verdächtigt. Um Deutschlands Willen geht das Reichsbanner wieder in den Kampf für die Freiheit, **das Recht und die Freiheit der Nation.** Nie hat ein Volk die äußere Freiheit erstritten und erhalten, das die innere Freiheit verloren gehen ließ. Die Wiederherstellung der Demokratie ist zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die selbstmörderische Zerstörung des Parlaments hat zur Entrechtung und Entmachtung des Volkes geführt. Der Aufruf schließt: **„Für ein Deutschland ohne Hunger — für das Deutschland der Arbeit — für das junge Deutschland der Zukunft."**

Ein Toter, sechs Schwerverletzte bei politischen Zusammenstößen in Leipzig

Leipzig. Am Donnerstag abend ist es an verschiedenen Stellen der Stadt Leipzig zu politischen Zusammenstößen gekommen, die schwere Folgen zeitigten. Es sind bisher sieben Personen mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Einer der Verletzten ist gestorben. Die Gegner waren Nationalsozialisten einerseits und Kommunisten und Sozialdemokraten andererseits.

Die „Danziger Volksstimme" in Deutschland verboten

Danzig. Die sozialdemokratische „Danziger Volksstimme" ist durch eine Verfügung des deutschen Reichsinnenministers Frick für das **deutsche Reichsgebiet bis zum 31. Mai 1933 verboten worden.** Der Danziger Senat hatte, wie gemeldet, bereits in einer amtlichen Mitteilung den betreffenden Artikel des Blattes, als mit den deutschen Interessen nicht vereinbart, scharf verurteilt.

Tumultszenen in der Kammer

Die Wahl eines französischen Abgeordneten für ungültig erklärt.

Paris. In der französischen Kammer kam es am Donnerstag zu **heftigen Zwischenfällen** bei der Bestätigung der Wahl eines rechtsgerichteten Abgeordneten, die von seinem Gegenkandidaten, **einem Sozialisten,** als zu unrecht bestehend angegriffen worden war. Man wirft dem Abgeordneten vor, seinen Gegner während des Wahlkampfes **in tendenziöser Weise verleumdet und die Stimmen eines großen Teiles der Wählerschaft gekauft zu haben.** Obgleich sich der Abgeordnete heftig gegen diesen Vorwurf wehrte, wurde seine Wahl **für ungültig erklärt.** Bei der Verkündung des Abstimmungsergebnisses kam es **zu blutigen tumultartigen Zwischenfällen.** Auf der Rechten **forderte man die Auflösung des Parlaments** und den Rücktritt des Kammerpräsidenten, der die Sitzung schließlich vertagte, um **der Erregung ein Ende zu machen.**

Kammer hält an der Kürzung der Militärkredite um 508 Millionen fest

Paris. Der Finanzausschuß der Kammer hat mit 22 gegen 10 Stimmen die vom Senat vorgeschlagene Kürzung der Militärkredite um lediglich 1 000 Franken abgelehnt und beschlossen, an der ursprünglichen vorgesehenen und von der Kammer bereits angenommenen Kürzung um 508 Millionen festzuhalten. Der Ausschuß lehnte es ab, wegen der Militärkredite nochmals die Regierung anzuhören. Im allgemeinen hat man aber den Eindruck, daß trotz der Meinungsverschiedenheit zwischen Kammer und Senat auf beiden Seiten die Mehrheit zur Verständigung drängt. Es scheint, daß die Konzentrationsformel, die die jetzige Regierung hätte ablösen sollen, noch nicht ganz reif ist und daß man sich noch nicht auf den Mann geeinigt hat, der gegebenenfalls die Konzentration erfolgreich verwirklichen könnte. Die Regierung Daladier ist demnach optimistisch und hofft, zu einer Einigung zu gelangen.

SPD.-Versammlung mit Scheidemann nicht zustande gekommen

Essen. Die für Donnerstag abend im Zirkus Hagenbeck beabsichtigte Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners mit Scheidemann als Hauptredner konnte nicht stattfinden. Schon vor Beginn der Versammlung war die Umgebung mit einem starken Aufgebot der SA besetzt. Die Polizei sah sich schließlich veranlaßt, die Versammlung zu verbieten, weil zu befürchten war, daß sie einen unfriedlichen Charakter annehmen würde. Zu ernsteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.





Wichtige Mitglieder des Kabinetts Roosevelt

Links: Cordell Hull, ein bekannter amerikanischer Wirtschaftsführer, wurde zum Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten ernannt. Hull vertritt den Standpunkt, daß die Kriegsschulden nur gegen wirtschaftliche Konzessionen ermäßigt werden könnten. — Rechts: W. H. Moodin, führender amerikanischer Großindustrieller, wurde von Roosevelt zum Schatzsekretär für Finanzen bestellt. Gerade in Budget-Fragen hat das neue amerikanische Kabinett vom Kongreß außerordentliche Vollmachten erhalten.

Wichtige Beschlüsse des JGB.

Die Vorstandssitzung in Berlin.

Vom 6. bis 18. Februar fand in Berlin eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt, in der zunächst der dem Kongreß in Brüssel vorzulegende Entwurf der **sozialpolitischen Richtlinien** endgültig festgestellt und die endgültige Fassung des Internationalen **Schul- und Erziehungsprogramms** angenommen wurde. Dann wurden die „Planwirtschaftlichen Forderungen des JGB." in der vorliegenden Fassung mit geringfügigen Ergänzungen gutgeheißen: man beschloß, dieses Planwirtschaftsprogramm, das dem Kongreß in Brüssel als Richtschnur für die weitere Wirtschaftspolitik der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorgelegt werden soll, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu übermitteln.

In einer gemeinsamen Sitzung der Exekutiven der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterinternationale soll die Frage einer gemeinsamen Stellungnahme zur Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden. Es ist beabsichtigt, der Weltwirtschaftskonferenz in einem gemeinsamen Memorandum der beiden Internationalen die Forderungen der Arbeiterklasse vorzulegen. Auch werden sich die beiden Vorstände gemeinsam mit der **Fortführung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion befassen.** Diese gemeinsamen Sitzungen werden in der Zeit vom 5. bis 7. April stattfinden.

Der Ausschuß des JGB. und damit auch die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate werden zu einer Tagung einberufen, die sich vor allem mit der Frage beschäftigen wird, welche Mittel und Kräfte für eine **große Aktion zur Durchführung der Vierzigstundenwoche in internationalem Ausmaß** aufgeboten werden können. Diese Tagung des Ausschusses und der Berufssekretariate findet in der Zeit vom 9. bis 11. April statt. Das Ziel der Aktion soll sein, in der breiten Oeffentlichkeit stärksten Einfluß auf den Abschluß einer internationalen Vierzigstunden-Konvention geltend zu machen. Gleichzeitig damit soll die Oeffentlichkeit für eine vernünftige und praktisch durchführbare Lösung der Finanz-, Kredit-, Währungs- und Zollfragen gewonnen werden.

In Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Brüssel wird eine **Internationale Arbeiterinnenkonferenz** stattfinden. Als vorläufiger Termin dafür ist der 29. Juli vorgesehen. Die Arbeiterinnenkonferenz wird das Problem der Frauenarbeit in der Krise (Rationalisierung) und die Lohnfrage der Frauenarbeit behandeln.

Der vom **Antikriegskomitee** unterbreitete Bericht und die hierin vorgesehenen Maßnahmen wurden eingehend beraten: vor der Fassung endgültiger Beschlüsse werden die Landeszentralen zur Stellungnahme aufgefordert werden. Dem vom Sekretariat unterbreiteten Bericht des Vierländerkomitees, der eine **Weiterführung der gewerkschaftlichen Propaganda im luxemburg-lothringischen Industriegebiet sichert,** wurde vom Vorstand zugestimmt. Das Unterrichtsprogramm der in diesem Jahre in Wien stattfindenden **Internationalen Zusammenkunft** wurde festgesetzt.

Der Kassenbericht 1932 wurde einstimmig angenommen: desgleichen wurde der Rechnungsbericht des gemeinsamen Matteotti-Fonds des JGB. und der SAJ. vom Vorstand genehmigt.

Im Anschluß an die Erörterung der Weltlage und der Situation in Deutschland wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung betonen — vor allem die Sympathie und Hilfsbereitschaft der Gesamtbewegung für die um ihre Existenz ringende deutsche Arbeiterklasse.

Zweites „Vorwärts"-Verbot aufgehoben

Berlin. Der Reichskommissar für das preußische Innenministerium hat die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 15. Februar, durch die der „Vorwärts" bis zum 22. Februar verboten wurde, aufgehoben.

Nationalsozialistische Abgeordnete ausgeliefert

Prag. Nach einer 10stündigen Redeschlacht, die oft von stürmischen Zusammenstößen zwischen deutschen und tschechischen Abgeordneten unterbrochen worden war, hat das Prager Abgeordnetenhaus am Donnerstag die Auslieferung **von vier sudetendeutschen nationalsozialistischen Abgeordneten an die tschechischen Gerichte mit 20 gegen 44 Stimmen beschlossen.**

Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

15)

Unwillig sah sie ihn an: „Du gehörst zu denen, die nie genug bekommen können! Mit neuntausend Mark ist die Komteß doppelt bezahlt. Pah — „machte sie, „was glaubst du, was mich die Fischer kostet?"

Er zuckte die Achseln.

„Dreitausend!"

„Wenn die Spalding so dumm ist, dir für die paar Kröten das Mädchen abzulassen — — ihre Sache! Ich für meinen Teil — —"

Es blieb der Fiebenstein nichts anderes übrig, als ihm tausend Mark Reisespesen zu geben. Mit der gleichgültigsten Bewegung nahm er die Scheine und ließ sie lose in der Rocktasche verschwinden.

„Komm in zehn Minuten wieder!" flüsterte sie und führte ihn auf den Gang hinaus.

Gleich darauf kehrte sie ins Büro zurück.

„Nun?" erkundigte sich Frau Spalding.

„Es war nur der Zeitungsbote", erwiderte Irma Fiebenstein, mit den Augen zwinkernd. Dann wandte sie sich Agnes Fischer zu und fragte geschäftsmäßig nach allerlei Dingen.

„Glauben Sie denn, daß Sie den Posten überhaupt ausfüllen können?" meinte sie nach einer Weile. „Stellen Sie sich die Pflege einer geistig umnachteten Person nicht so einfach vor, denn es gehört nicht nur Liebe und Geduld, sondern auch ein harter Wille dazu, mit geistesschwachen Leuten fertig zu werden.

Agnes versicherte, daß sie den Posten zur Zufriedenheit ausfüllen werde.

In diesem Augenblick schellte es zum zweitenmal.

Die Fiebenstein verließ den Raum, um wenige Sekunden später mit einem elegant gekleideten und überaus distinguiert aussehenden Herrn zurückzukehren.

Sie wies auf Agnes Fischer und sagte: „Dies ist das Mädchen, das ich Ihnen empfehlen könnte, Herr Generaldirektor."

Agnes hatte sich beim Erscheinen des vornehmen Fremden erhoben. Der Generaldirektor erkundigte sich leutselig nach diesem und jenem, sah ihre Zeugnisse ein und schien letzten Endes gar nicht abgeneigt zu sein, sie anzustellen.

Nur hegte auch er Bedenken, ob sie den schwierigen Posten ausfüllen könnte.

„Ich weiß nicht, ob Ihnen Frau Fiebenstein bereits gesagt hat, daß meine Nichte — — —"

„O, gewiß!" fiel die Fiebenstein ein. „Sie ist bereits von mir über den leidenden Zustand der unglücklichen jungen Dame unterrichtet worden."

„Nun, und?" wandte sich Hansen an das Mädchen, dessen Wangen von einem hektischen Rot überzogen waren.

„Ich bin überzeugt, daß Herr Generaldirektor mit mir zufrieden sein werden!" hauchte sie.

Hansen spielte, wie jeder der anderen Beteiligten auch, seine Rolle ausgezeichnet. Er schien noch ein Weilchen unschlüssig und schwankend zu sein, entschloß sich dann aber doch, das Angebot der Vermittlerin anzunehmen.

„Ueber die Bedingungen wird Sie Frau Fiebenstein orientiert haben," sagte er, zu Agnes gewandt. „Im übrigen liegt mir daran, daß Sie die Stellung in zwei Tagen antreten. Finden Sie sich vormittags in meiner Villa ein. Wahrscheinlich werden wir bereits am Abend reisen. Sie wissen doch wohl schon, daß ich meine Nichte zu Verwandten nach Smyrna bringe und Sie sie nach dort begleiten sollen?"

Agnes nickte.

„Der Aufenthalt wird nicht länger als sechs Monate dauern," fuhr er fort. „Dann kehren wir wieder nach Hamburg zurück. Also gut," schloß er. „Es sollte mich freuen, in ihnen die rechte Gesellschafterin meiner leidenden Nichte gefunden zu haben."

Dann sprach er noch einige Worte mit Frau Fiebenstein und ging dann.

Kaum war er, von Frau Fiebenstein geleitet, aus dem Zimmer, als Agnes der Matrone um den Hals fiel.

„Ihnen verdanke ich alles, Mutterchen!" rief sie, schier außer sich vor Freude. „O, wie will ich dem Herrgott danken, daß er mir Sie über den Weg führte! Was wäre vielleicht geworden, wenn Sie mich nicht bei sich aufgenommen hätten, Mutterchen!"

Frau Spalding schloß sie mit gut gespielter Rührung in die Arme.

„Bleiben Sie nur so, wie Sie sind, Kindchen, gut und rein! Und machen Sie dem Herrn Generaldirektor keine Schande. Hab' ich vielleicht zuviel gesagt? Ist er nicht 'n vornehmer Mann? Das heißt," schloß siee, „wenn ich nicht wüßte, was das für feine Leute wären, ich hätte Sie gar nicht hingelassen! Aber so!"

Als die Fiebenstein wieder erschien, erlegte Frau Spalding die ortsübliche Vermittlungsgebühr für Agnes. — Die Bande vergaß eben nichts, was dazu dienen konnte, ihre Opfer in gänzlicher Ahnungslosigkeit zu erhalten.

„Vergessen Sie den Tag und die Stunde nicht!" wurde Agnes beim Fortgehen ermahnt. „Uebermorgen um elf Uhr in der Villa! Seien Sie pünktlich. Ich möchte nicht, daß Herr Generaldirektor Veranlassung hätte, sich bei mir über Sie zu beschweren."

Agnes versprach alles, was man von ihr verlangte, und trat mit Frau Spalding, halb weinend halb lachend vor Freude, den Heimweg an. Trotzdem der Wintertag mit seinem melancholischem Grau über der Stadt hing, war alles eitel Sonnenschein um sie her.

Sie hätte laut jubeln mögen.

(Fortsetzung folgt.)

 Sonnabend, den 25. Februar 1933

Polnisch-Schlesien

Ein Vertrag mit dem lieben Gott

Eine nicht alltägliche Geschichte hat sich am vergangenen Sonntag in Kobiernitz bei Biala abgespielt. In dem genannten Orte lebten zwei gute Freunde, ein gewisser Martin Matejko und Josef Hysoglond. Beide waren arbeitslos und hatten Leinwand in der Tasche. Matejko war ein sehr frommer Mensch, ein religiöser Fanatiker und daher wollte er vom Stehlen nichts wissen. Der Hunger tat ihm aber sehr weh und er sann nach Mitteln, um sich Geld zu beschaffen, was aber nicht so leicht war, denn freiwillig gibt niemand einem Arbeitslosen Geld. Er kam daher auf den Gedanken, mit dem lieben Gott etwas zu verhandeln und eventuell mit ihm einen „Vertrag“ abzuschließen. Der liebe Gott hat doch alles und er lebt in Ueberfluß und warum sollte er nicht einem armen Schlucker, der ihn liebt und verehrt, ein wenig unter die Arme greifen — dachte Matejko — und wollte sich dementsprechend einrichten.

Am vergangenen Sonntag bestellte er seinen Freund Wysoglond zu sich nach Kobiernitz und unterhielt sich mit ihm über verschiedene Sachen. Dann lud er seinen Freund in die Kneipe ein und die beiden tranken ein wenig. Matejko zog wieder seinen Freund ins Gespräch und erzählte ihm, daß er einen Ausweg aus der großen Notlage gesucht und gefunden hat.

Als die beiden das Gasthaus verlassen haben, zeigte Matejko seinem Freunde einen Revolver und sagte, daß er sich diese Waffe beschafft hat, die ihm bei der Geldbeschaffung behilflich sein wird. Er wird einen Selbstmord begehen und wird dadurch Wunder schaffen. Er hat schon mit dem lieben Gott konferiert und er wird mit ihm einen „Vertrag“ abschließen. Drei Stunden später kehrt er wieder zurück und bringt vom lieben Gott einen Scheck mit. Beide werden dann im Ueberfluß leben können. Dabei ist aber unbedingt notwendig, daß der Freund ihm behilflich bleibe. Er muß an seiner Leiche drei volle Stunden warten und sie bewachen, damit nicht ein Unberufener dazwischentritt und die Sache stört. Nach drei Stunden wird er mit dem Scheck zurück sein und dann treten beide wieder den Heimweg an.

Wysoglond hörte sich die Sache an. Anfangs wollte er seinen Freund davon abhalten, Selbstmord zu begehen, da er schlecht annehmen konnte, daß Matejko zurückkehren werde. Dieser versicherte ihm aber, daß die Sache mit dem lieben Gott bereits abgemacht ist und er, Wysoglond, wird das Wunder miterleben. Wysoglond war ein wenig angetrunken und stimmte schließlich zu, denn er litt sehr oft Hunger und wollte sich mit Hilfe des himmlischen Vaters wieder auf die Beine stellen.

Wysoglond verkroch sich dann in einen Busch und ließ Matejko, gemäß Verabredung, allein. Er wartete nicht lange, denn bald darauf krachte ein Schuß. Nun kroch Wysoglond aus seinem Versteck heraus und fand seinen Freund mit einer blutenden Wunde im Kopfe auf der Erde liegend. Matejko war bereits tot. Er nahm seinen Mantel, breitete ihn aus und legte darauf den Toten. Gemäß der Verabredung, wollte Wysoglond die drei Stunden bei dem Toten wachen. Er wartete bereits zwei Stunden und schließlich wurde ihm unheimlich zumute. Was wird nun werden, wenn Verdacht gegen ihn, Wysoglond, geschöpft wird, daß er seinen Freund ermordet hat? Er kann womöglich vor das Standgericht gestellt werden und an den Galgen kommen. Nein das darf unter keinen Umständen geschehen, denn er hat hier nichts verschuldet.

Von der Angst getrieben lief Wysoglond nach Biala auf das Polizeikommissariat und schilderte hier den ganzen Vorgang, wie er sich abgespielt hat. Die Polizei wollte ihm anfangs nicht glauben. Man schickte eine Polizeipatrouille in den Wald und fand alles so vor, wie es Wysoglond geschildert hat. Man sperrte ihn ein, da die Polizei nicht glauben wollte, daß Matejko tatsächlich vom lieben Gott einen Scheck holen wollte. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet, die jedoch die Schuldlosigkeit des Wysoglond ergab und man ließ ihn frei. Doch kommt Wysoglond vor den Strafrichter, weil er den Selbstmord hätte verhindern sollen.

Genosse Mai zum 60. Geburtstag!

Am heutigen Freitag begeht Genosse **Reinhard Mai** seinen 60. Geburtstag. Genosse Mai ist seit 26 Jahren, mit kurzer Unterbrechung, in der sozialistischen Bewegung organisiert und tätig, er kam aus Breslau hierher, wo er schon unter Bebel die Kämpfe um den Sozialismus mitmachte. Seit 41 Jahren ist der Jubilar im Buchdruckerverband freigewerkschaftlich organisiert. Er arbeitete seiner Zeit in der „Volkswacht“ mit Genossen Löbe zusammen und war Zeuge seines Aufstiegs vom Setzer zum Redakteur. Genosse Mai ist seit Bestehen des „Volkswille“ dessen Mitarbeiter und momentan sogar sein „Verantwortlicher“. Immer ist er bemüht, die Sache des Proletariats zu seiner eigenen zu machen. Wir beglückwünschen den treuen Genossen aufs herzlichste. Mögen ihm noch viele Jahre seines Wirkens in Gesundheit und Rüstigkeit beschieden sein!

Gegen die Arbeitsdienstpflicht

Oeffentliche Arbeiten für 27 000 Arbeitslose mit je 50 Schichten.

Die Budgetkommission setzte am Donnerstag die Beratungen über die öffentlichen Arbeiten fort, über die der Abg. Schmiegel referierte. Nach amtlicher Aufklärung über die strittigen Positionen wurde schließlich dieser Teil des Budgets angenommen. Im Zusammenhang damit wandte sich der Abg. **Machej** gegen die Absichten der Wojewodschaft, bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten, die zwangsweise durchgeführte Arbeitsdienstpflicht anzuwenden, da hier die Freiheit der Arbeiterschaft eingeschränkt werde insbesondere die Arbeiter zu Lohndrückern gemacht werden sollen. Damit will er nicht die Arbeitsdienstpflicht als solche grundsätzlich ablehnen, sondern nur die Rechte wahren, die sich die Arbeiterschaft erkämpft hat. Aus den Projekten der Wojewodschaft gewinne man den Eindruck, daß die militärisch durchgeführte Arbeitsdienstpflicht in erster Linie gegen die Arbeiterschaft gerichtet sei, die Anspruch auf entsprechenden Lohn für geleistete Arbeit habe. Abg. Machej wendet sich gegen diese Projekte, weil dadurch wohl die jungen Leute zwangsweise Beschäftigung finden, hingegen die Väter ohne Arbeit bleiben oder es kann auch vorkommen, daß Väter Arbeit erhalten, dafür aber die jungen Arbeitslosen zu Hause ernähren müssen, was eine Ungerechtigkeit sei. Redner schlägt schließlich eine Resolution vor, die bei der Durchführung der öffentlichen Arbeiten die Selbstbestimmung der Arbeiterschaft fordert und die Möglichkeit für geleistete Arbeit entsprechenden Lohn und soziale Versicherungen, die nach den Projekten der Wojewodschaft ausgeschaltet sind. Im Verlauf der Diskussion wird die Resolution des Abg. Machej vertagt, die Kommission ist begeistert von den Vorschlägen der Wojewodschaftsvertreter, die im Zusammenhang mit der Arbeitsdienstpflicht erklärten, daß man alle sozialen Momente berücksichtigen wolle. Nach den Projekten der Wojewodschaft will man für etwa 6 Millionen Zloty Arbeiten durchführen, wofür gegen 27 000 Arbeitslose bei etwa je 50 Schichten beschäftigt werden sollen. Hierfür will Warschau 4 Millionen Zloty der Wojewodschaft zur Verfügung stellen, während der Rest aus dem schlesischen Budget bereitgestellt werden soll. Es sind Arbeiten in allen Kreisen vorgesehen, für die Arbeitsdienstpflicht kommen nur etwa 1500 Personen in Frage. An das Projekt der Wojewodschaft schloß sich wieder eine ausführliche Diskussion an, der Antrag des Genossen Machej wurde zurückgestellt und die Erwartung ausgesprochen, daß Abg. Machej, entsprechend seinen Vorschlägen, ein geeignetes Projekt der Kommission vorlegt. Beim Titel „Versicherungsamt und Oberversicherungsamt“ setzte die Diskussion über die Handhabung und Auslegung der Gesetze ein, eine Reihe von Auskünften wurden gefordert, die indessen ausbleiben, weil kein Vertreter dieser Aemter in der Budgetkommission zugegen war, so daß die Kommission beschloß, diesen Titel zu vertagen. Hierauf referierte Abg. Brelinski über den schlesischen Wirtschaftsfonds, wobei auf die einseitige Handhabung der Anträge, bei Gewährung der Anleihen, hingewiesen wurde, die darauf schließen lassen, daß hier nicht alles mit richtigen Dingen zugehe. Die Wojewodschaftsvertreter versuchen, die Klagen zu widerlegen, da die Gewährung von Anleihen ausschließlich beim Wojewodschaftsrat liegen und es kaum anzunehmen ist, daß dieser sich von irgendwelchen Beeinflussungen bei seinen Entscheidungen leiten lasse. Es wurde schließlich die Novellierung des Gesetzes, betreffend den Wirtschaftsfonds, gefordert, so daß in Zukunft dem schlesischen Budget auch ein gesondertes Budget über den Wirtschaftsfonds beigelegt werden soll. Die Beratung dieses Antrages wurde vertagt, worauf mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, die Weiterbehandlung verschiedener Positionen auf Montag nachmittag vertagt wurde.

Der italienische Streik auf der Friedensgrube

Die Verwaltung droht mit der Stillegung der Grube.

Der am vergangenen Montag proklamierte italienische Streik in der Friedensgrube, wird solidarisch weiter geführt. Die Arbeiter verlassen die Grube nicht. Sie schlafen im Zechenhaus und der Badeanstalt und benützen Ziegelsteine als Kopfpolster.

Beim Demo erschien gestern eine Delegation der streikenden Arbeiter, die die Verschiebung der Reduktion von 1000 Arbeiter verlangte. Die Verwaltung will die 1000 Arbeiter bereits am 28. Februar entlassen, wobei sie besonders auf die älteren Arbeiter, die zahlreiche Familien haben, abgesehen hat. Außerdem will die Verwaltung 200 Arbeiter auf Turnusurlaub schicken. Im Betrieb sollen nur noch 400 Arbeiter verbleiben, meistens junge Leute, weil die weniger kosten und die Grube will an Sozialbeiträgen sparen. Der Demo antwortete auf die Beschwerden der Arbeiterdelegation, daß die Grubenverwaltung von der Verschiebung der Reduktion nichts willen will.

Sie verlangt den sofortigen Abbruch des Streiks und kündigt die Schließung der Grube an, falls die Arbeiter nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Der Demo empfahl der Delegation die Arbeiter zu beruhigen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Reduktionsliste wird gemeinsam mit dem Betriebsrat aufgestellt. Nach Ansicht des Demo sollen sich die Arbeiter wie die Hammel abschlachten und ohne Murren auf die Straße werfen lassen.

Die Sanacjagewerkschaften nehmen an der Betriebsrätekonferenz teil

Die Sanacjagewerkschaften fordern alle ihre Betriebsräte auf, am kommenden Sonntag an der Betriebsrätekonferenz geschlossen teilzunehmen. Damit die Sanacjabetriebsräte alle in den Saal gelangen können, fordern die Sanacjagewerkschaften ihre Anhänger auf, schon eine Stunde vor der Tagung zu erscheinen und den Saal zu besetzen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie es in der Konferenz zugehen wird. Die Konferenz müßte in einen größeren Saal verlegt werden, weil der Saal bei Kubosch, im Südpark viel zu klein ist, um alle Teilnehmer fassen zu können. Eine gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Es ist zu befürchten daß die Gegensätze erst in der Konferenz auftauen werden.

Blutige Krawalle in Goleschau

Drei Polizeibeamte und 4 Arbeiter verwundet.

In Goleschau bei Teschen, kam es gestern vormittags zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei, bei welchen 3 Polizeibeamte und 4 Arbeiter verwundet wurden. Der polnische Klassenkampfverband für die chemische Industrie hat in Goleschau eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen, die jedoch von der Starostei verboten wurde. Trotz des Verbotes sind zu der Versammlung mehr als 1000 Arbeiter erschienen. Eine starke Polizeiabteilung forderte die Arbeiter auf, auseinander zu gehen. Die Arbeiter leisteten der Aufforderungen nicht Folge und drängten gegen die Polizisten vor. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen, wobei drei Polizeibeamte eine Verletzung davon getragen haben, unter diesen der Abteilungskommandant. Angeblich wurden aus der Menge gegen die Polizei zwei Schüsse abgefeuert. Daraufhin hat die Polizeiabteilung mehrere Schreckschüsse abgefeuert und als die Arbeiter dennoch vordrängten, wurde in die Menge geschossen. Vier Arbeiter wurden durch die Polizeischüsse verwundet. Die verwundeten Arbeiter und die drei Polizisten wurden mittels Rettungswagen nach dem Krankenhause in Teschen geschafft. Der Polizeikommandant Zoltaschek in Kattowitz begab sich sofort nach Goleschau und leitete die Untersuchung ein. Auf der Straße patrouillieren starke Polizeiabteilungen. Amtlich wird noch berichtet, daß in Teschen die Kommunisten eine rege Propaganda entfalten und nach Teschen eine Versammlung für gestern einberufen haben. Die Versammlung kam nicht zustande und die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor, darunter befand sich ein Lehrer aus dem tschechischen Teschen, ein gewisser Przybyla.

Das neue Gemeinderecht in Polen

Das kommunale Selbstverwaltungsgesetz vom Sejm angenommen — Die Zahl der Gemeindevertreter
Die Aufsichtsbehörden können jederzeit eingreifen — In den Stadtverordnetenversammlungen führt den Vorsitz der Bürgermeister

Der Warschauer Sejm hat ein wichtiges Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung verabschiedet. Die Beratungen im Sejm über dieses Gesetz waren zeitweise sehr stürmisch und die Linke im Sejm, hat demonstrativ den Beratungssaal verlassen. Sie hatte ihre guten Gründe dazu gehabt, denn das neue Gesetz hebt zum guten Teil die Selbstverwaltung in den Kommunen auf. Die Aufsichtsbehörde kann jeden Beschluß der Gemeindevertretung jederzeit aufheben und auch die durchgeführten Wahlen für ungültig erklären. Es bleibt da von der Selbstverwaltung nicht viel übrig, wenigstens in der Praxis. Am schlimmsten ist es mit der Selbstverwaltung in den westlichen Wojewodschaften bestellt, die sich hier sehr gut eingelebt und zur Entwicklung der Gemeinden viel beigetragen hat. Die Sejmmehrheit hat darauf keine Rücksicht genommen, denn es lag ihr daran, ihren Einfluß auf die Gemeinden sicher zu stellen.

Zusammenfassung der kleinen Gemeinden.

Nach dem neuen Gemeinderecht werden mehrere Gemeinden zusammengefaßt. In jedem Ort verbleibt ein Dorfschulze und ist die Zahl von 500 Einwohner (Gromada) erreicht, so kann ein Amtsvorstand (Wojtostwo) errichtet werden. Diese Bestimmung weicht nicht weit ab von der bisherigen, wie wir sie bei uns haben. Für den Amtsbezirk wird auch eine Vertretung bestimmt, die über die Ausgaben im Amtsbezirk zu bestimmen haben wird.

Die Zahl der Gemeindevertreter.

Das neue Gesetz bestimmt darüber wie folgt: In Gemeinden bis zu 5000 Einwohner werden 12 Gemeindevertreter gewählt, von 5000 bis 10 000 — 16 Vertreter, von 10 000 bis 25 000 — 24 Vertreter, von 25 000 bis 40 000 — 32 Vertreter, von 40 000 bis 60 000 — 40, von 60 000 bis 120 000 — 48, von 120 000 bis 180 000 — 56 Vertreter, von 180 000 bis 250 000 — 64 und darüber hinaus — 72 Vertreter. Für Warschau wurde die Zahl der Stadtverordneten mit 100 festgesetzt.

Leitung der Stadtverordnetenversammlung.

Nach der bisherigen Städteordnung hat die Stadtverordnetenversammlung aus ihrer Mitte ein Präsidium gewählt und der Vorsteher leitete die Sitzungen. Nur in den Landgemeinden führte den Vorsitz der Gemeindevorsteher. Das neue Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister führen muß. Der Stadtsekretär führt das Protokoll und nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Nur in Warschau, Lemberg, Krakau, Lodz, Posen und Wilna, wird aus der Mitte der Versammlung ein Vorsitzender gewählt. In den anderen Stadtgemeinden, wird nur bei den Wahlen der Stadtverwaltung den Vorsitz ein Stadtverordneter führen können, der von der Mehrheit zu wählen ist.

Die Stadtverwaltung.

Das Gesetz bestimmt, daß die Stadtverwaltung aus einem Bürgermeister und Vizebürgermeister, oder Schöffen bestehen kann. Für Warschau wird die Zahl der Vizebürgermeister mit 5 festgesetzt. In Krakau, Lodz, Posen und Wilna werden 3 Vizebürgermeister amtieren. Was die anderen Städte anbelangt, bestimmt das Gesetz, daß in allen Städten mit über 50 000 Einwohnern bis zu 2 Vizebürgermeister gewählt werden können. Die Zahl der Schöffen beträgt 10 Prozent der Zahl der Gemeindevertreter, jedenfalls dürfen in keiner Gemeinde weniger als 3 Schöffen fungieren. Die sogenannten Stadträte, dürfen nicht besoldet sein und dasselbe bezieht sich auch auf die Schöffen.

Die Städte mit eigenem Statut müssen einen Bürgermeister und einen Vizebürgermeister haben. Alle übrigen Städte haben einen Bürgermeister und eventuell einen Vizebürgermeister. Der Bürgermeister wird von der Stadtverordnetenversammlung auf Grund der Verhältniswahl gewählt. Der Bürgermeister und auch der Vizebürgermeister müssen die vorgeschriebene Vorbildung nachweisen können und dürfen einer anderen Beschäftigung nicht nachgehen. Sie verbleiben innerhalb zwei Kadenzen 10 Jahre lang im Amte und haben Anspruch auf eine Besoldung und die Pension.

Die Großstädte.

Der Artikel 28 des neuen Gemeinderechtes ermächtigt den Staatspräsidenten für die Großstädte Krakau, Lemberg, Posen, Lodz, Wilna und Warschau ein besonderes Statut über die Verwaltung im Verordnungswege herauszugeben. Diese Verordnung kann die besonderen Eigenschaften der Großstädte berücksichtigen und wird sich auf die Zahl der Stadtverordneten, die Leitung der Stadtverordnetenversammlung und die Zahl der Schöffen, beziehen. Nur die Wahlordnung darf durch eine Verordnung nicht berührt werden. Die Verordnung wird über Wunsch des Innenministers, der aber zuerst das Gutachten der Stadtverordnetenversammlung einzuholen hat, herausgegeben.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung. Das neue Gesetz kann einstweilen auf die Schlesische Wojewodschaft nicht ausgedehnt werden, weil darüber der Schlesische Sejm bestimmt. Doch ist damit zu rechnen, daß die Regierung darauf drängen wird, daß auch bei uns das Gesetz in Kraft tritt.

Fürsorge für Kinder der Gefängnis-Insassinnen

Nach den geltenden Bestimmungen werden kleine Kinder, nach Ablauf einer bestimmten Zeit, ihren, in den Gefängniszellen sitzenden Müttern auf Antrag der Gefängnisverwaltung entzogen und in Kinderheimen usw. untergebracht. In diesem Zusammenhang geben die maßgebenden Polizeiorgane zwecks näherer Aufklärung folgendes bekannt: Die in Rede stehenden Vorschriften des Justizministeriums sind u. a. auch für die staatliche Polizei maßgebend. Sofern also die Gefängnisverwaltungen die Abholung der Kinder aus den Zellen der gefangenen Mutter anfordern, werden die Kleinen, und zwar sofern sie keinen gesetzlichen Vormund haben, der Fürsorge der zuständigen Kommune anvertraut. Die jeweiligen Gemeindeverwaltungen bezw Magistrate sind gemäß Artikel 2 und 4 des Gesetzes vom 16. August 1923 über Wohlfahrtsfürsorge (Dz. Ust. Nr. 92, Position 726) verpflichtet, die Fürsorge an verlassenen Kindern zu übernehmen. Im Uebrigen wird noch darauf hingewiesen, daß gemäß § 62 des Gefängnis-Reglements die Mitnahme von Kindern ins Gefängnis durch strafgefangene Mütter untersagt ist. Eine Ausnahme wird nur dann gemacht, sofern es sich um kleine Kinder im Alter bis zu 18 Monaten handelt. Solche Kinder dürfen allerhöchstens bis zur Beendigung des zweiten Lebensjahres bei der in der Zelle verweilenden Mutter verbleiben. Später erfolgt die Abholung der Kinder durch die Polizeiorgane, bezw. die Ueberweisung an die Wohlfahrtsämter oder Fürsorgevereinigungen. Diese Organe müssen jedoch von dem Gefängnisleiter mindestens 3 Monate vorher in Kenntnis gesetzt werden. y.

Schwere Freiheitsstrafen für kommunistische Umtriebe

Das Landgericht Kattowitz verhandelte am Donnerstag über drei Kommunistenprozesse. Angeklagt waren in einem Falle der Adam Miß, Johann Wilk, Valentin Wollak, Johann Rzepka und Josef Kocek aus Michalkowitz. Diesen Personen, die sich übrigens zu keiner Schuld bekannten, wurde zur Last gelegt, Arbeiter der Maxgrube zu Straßendemonstrationen verleitet, sowie ferner kommunistische Flugblätter verteilt und Marken zur Befreiung politischer Gefangener verkauft zu haben. Es hieß, daß diese Leute zwar formell einer Arbeiter-Berufsvereinigung angehörten, in Wirklichkeit jedoch Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Auf Grund der belastenden Zeugenaussagen wurden alle Angeklagten für schuldig befunden und zu je 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. — Verhandelt wurde dann gegen den Arbeitslosen Maximilian Rosmus aus Gieschewald, der gleichfalls wegen kommunistischer Umtriebe angeklagt war. Diesen Angeklagten wurde nachgesagt, in Schoppinitz an die Belegschaft der Uthemannhütte Flugblätter kommunistischen Inhalts verabfolgt zu haben. Rosmus erhielt gleichfalls 1½ Jahre Gefängnis bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von fünf Jahren. Im Uebrigen erfolgte ein Strafaufschub für gleichfalls fünf Jahre. — Der dritte Kommunistenprozeß gelangte nach kurzer Verhandlung zur Vertagung. y.

Kattowitz und Umgebung

Deutsche Theatergemeinde. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die „Siegfried“-Aufführung, die heute abend stattfindet, nicht um 8, sondern schon um ½8 Uhr beginnt.

Sonntagsdienst der Kassenärzte. Von Sonnabend, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 26. Februar, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Neukirch, 3-go Maja 33, Dr. Tomiak, Gliwicka 9.

Kostenlose Untersuchung von Tuberkulosekranken. Beim „Roten Kreuz“ auf der ulica Andrzeja in Kattowitz wurde eine Tuberkulosefürsorgestelle errichtet. Die ärztlichen Beratungen finden jeden Freitag in der Zeit von 15 bis 17 Uhr statt. Untersuchungen werden abgehalten an jedem Dienstag und Freitag von 13 bis 16 Uhr, sowie an jedem Donnerstag und Sonnabend von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Die ärztlichen Beratungen erfolgen kostenlos. Der Tuberkulosefürsorgestelle sind die Altstadt, sowie die Ortsteile Zawodzie, Bogutschütz, Zalenze, Domb, Brynow, Ligota, Panewnik, Zalenzerhalde und Hohenlohehütte angegliedert. Die Tuberkulosekranken, welche von der Tuberkulosefürsorgestelle erfaßt werden, erhalten auf ärztliche Anweisung Gries, Reis, Butter, Milch, Tran usw. y.

Hausball und Schweinschlachten im Zentral-Hotel. Die Wirtschaftskommission des genannten Gewerkschaftshauses ladet alle Stammgäste, Gewerkschaftler und Parteigenossen, Mitglieder der Kulturvereine und Freunde des Hauses, zu einem Hausball ein, welcher am Sonnabend, den 25. d. Mts., daselbst abgehalten wird. Die Polizeistunde ist zu diesem Zweck verlängert worden. Für Musik ist Sorge getragen, und Küche und Büfett werden den Gästen das Beste zu bieten versuchen. Heute abend frisches Wellfleisch.

Zalenze. (12 Fahrräder gestohlen.) Die Kattowitzer Kriminalpolizei arretierte den Siegmund Dzielski aus Zalenze, welcher insgesamt 12 Fahrräder in Kattowitz und Umgegend stahl. Es handelte sich um die Fahrräder Marke „Alberte“ Nr. 140 053, „International“, Nr. 173 867, „Viktoria“, Nr. 51 699, „Brennabor“, Nr. 439 292, „Ostwa“, Nr. 12 985, Marke „Superior“, Nr. 343 265, „Diamant“, Nr. 601 801, „Mars“, Nr. 5 090, „Ebeco“ Nr. 50 717, sowie das Damenfahrrad, Marke „Göricke“. Weiterhin entwendete der Fahrradmarder 2 Fahrräder deren Marke und Nummer nicht bekannt ist. Zu bemerken ist, daß Dzielski wegen ähnlichen Diebstählen bereits 2 Mal vorbestraft ist. Der Täter wurde in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange, da angenommen wird, daß der Arretierte noch andere strafbare Vergehen am Kerzholz hat. y.

Königshütte und Umgebung

Volksschulen werden Benennungen erhalten.

Wie bereits berichtet, wurden von den deutschen und polnischen kulturellen und kirchlichen Verbänden an den Magistrat Anträge gerichtet, die in der Stadt vorhandenen 19 Volksschulen der drei Konfessionen mit verdienten Männern zu benennen. Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte sich damit eingehend beschäftigt und mit verschiedenen Gegenstimmen die Benennung beschlossen. Die an die 6000 Zloty für den Zweck betragenden Kosten sollen dadurch vermindert werden, daß die Ausführung der notwendigen Buchstaben von Arbeitslosen ausgeführt werden soll. Genosse Mazurek wandte sich gegen die Ausführung im allgemeinen und gegen die Herstellung der Buchstaben durch Arbeitslose im besonderen. Er forderte, wenn schon die Ausführung vorgenommen werden soll, durch Handwerker und Gewerbetreibende ausgeführt wird, um auch diesen Handwerkern Arbeitsmöglichkeit zu bieten, damit sie ihren steuerlichen Verpflichtungen nachkommen können. Wenn von diesen Leuten Steuern verlangt werden, dann darf man ihnen Arbeitsmöglichkeiten nicht durch Arbeitslose nehmen lassen. Denn man schafft durch die Beschäftigung von Arbeitslosen auf der anderen Seite wieder solche. Dasselbe bezieht sich auf alle anderen Arbeiten, die von den Arbeitslosen infolge der Pflichtarbeit ausgeführt werden.

Es sollen benannt werden: Volksschule 1 an der ulica Piotra „Juljusza Slowackiego“, Volksschule 2 an der ulica 3-go maja „sw. Barbary“, Volksschule 3 in Klimsawiese „Ks. Galeckiego“, Volksschule 4 an der ulica Piotra „Ks. Damrota“, Volksschule 5 an der ulica Dombrowskiego „Tadäusza Kosciuszkiego“, Volksschule 6 an der ulica Kazimierza „Kazimierza Wielkiego“, Volksschule 7 an der ulica Ficka „Adama Mickiewicza“, Volksschule 8 an der ulica Krzyzowa „Karola Miarki“, Volksschule 9 an der ulica Krzyzowa „Krolowa Jadwigi“, Volksschule 10 an der ulica Dr. Urbanowicza „Boleslawa Chrobrego“, Volksschule 11 an der ulica Katowicka „Pawla Stellmacha“, Volksschule 12 an der ulica Katowicka „St. Koniarskiego“, Volksschule 13 an der ulica Styczynskiego „Dr. Styczynskiego“, Volksschule 14 an der ulica 3-go maja „Juljusza Ligonia“, Volksschule 15 an der ulica 3-go maja „Ks. Janasa“, Volksschule 16 an der ulica Bytomska „Jotejki“, Volksschule 17 an der ulica Dombrowskiego „M. Konopnickiej“, Volksschule 18 an der ul. Dombrowskiego „M. Zmiechowskiej“.

Wie man hört, werden Stadtverordnete der Sanacja gegen den Beschluß an maßgebender Stelle Einspruch erheben und Benennungen wie „Marszalka Pilsudskiego usw. fordern. k.

Auf der Straße zusammengebrochen. In der Nähe des Stadions brach plötzlich der Kellner Paul Bartecko zusammen und mußte nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden. k.

Wer sind die Eigentümer? Auf der Polizei befindet sich eine silberne Herrenuhr Nr. 1 139 539 und eine goldene Damenuhr Nr. 1 566 478 sowie ein braunes Kleid und ein graues Kostüm. Da die Gegenstände von Diebstählen herstammen werden die Eigentümer ersucht sich im Rathaus, Zimmer 6 zu melden. k.

Selbstversorger. In die Probierstube von Sliwka an der ulica Sienkiewicza drangen Unbekannte ein, entwendeten für 240 Zloty verschiedene Waren und entkamen mit der Beute unerkannt. k.

Bestrafung wegen Beleidigung. Während einem Aufenthalt der Professors Kazimier Mierzejewski im Hotel Polski kam es zwischen ihm und dem Kellner Stephan Bania zu einem Wortwechsel, wobei letzterer beleidigende Aeußerungen fallen ließ, die sogar ein Disziplinarverfahren gegen den Professor zur Folge hatten. Wegen dieser falschen Anschuldigung hatte sich nun der Kellner vor der Königshütter Strafkammer zu verantworten. Dem Angeklagten gelang es nicht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, weshalb er zu einer Woche Arrest verurteilt wurde, die aber unter die Amnestie fällt. k.

Wie er leicht zu Gelde kam. Der frühere Reisende Wolf Halpern hatte sich vor der Strafkammer Königshütte wegen umfangreichen Betrügereien zu verantworten. Während der Zeit vom Mai bis Dezember 1932 reiste er in Oberschlesien herum und nahm in zahlreichen Familien Bestellungen auf Anzüge entgegen. Dabei ließ er sich jedesmal Anzahlungen geben, ohne das die Lieferungen ausgeführt wurden. Insgesamt wurden ihm 143 solcher Betrugsfälle nachgewiesen. Der Angeklagte aus der Untersuchungshaft vorgeführt, war geständig, so daß von einer Zeugenvernehmung Abstand genommen wurde. Er gab an, daß ihn große Notlage auf die schiefe Bahn gebracht hat. Nach kurzer Beratung wurde H. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Als mildernder Umstand wurde ihm eine 5jährige Bewährungsfrist zugebilligt. k.

Da werden Weiber zu Hyänen. Die unter polizeilicher Kontrolle stehende Marie Gulba aus Königshütte wurde wegen unvorschriftsmäßigem Verhalten auf der Straße von einem Polizeibeamten Loskot festgenommen. Als sie der Beamte in die Gefängniszelle abführte, stürzte sie sich auf ihn und brachte ihm erhebliche Kratzwunden im Gesicht bei. Auf Grund einer erfolgten Anzeige fand eine Verhandlung vor dem Königshütter Gericht statt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis mit 5jähriger Bewährungsfrist. k.

Weil er ungünstig aussagen sollte. Wegen Zeugenbeeinflussung und Bedrohung hatte sich der Fleischer Wilhelm Czaja aus Bismarckhütte vor dem Königshütter Burggericht zu verantworten. In einem Prozeß gegen einen Angehörigen des Cz., sollte der Altwarenhändler Norbert Wanniek als Zeuge auftreten. Kurze Zeit vor der Verhandlung trat Cz. auf der Straße an W. heran und bedrohte ihn mit Totschlag, falls er als Zeuge ungünstige Aussagen vor Gericht machen sollte. Dabei kam es zu Tätlichkeiten zwischen Beiden. Der Angeklagte erklärte, daß die gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen, andererseits behauptet W. schwer bedroht worden zu sein. Das Gericht hielt Cz. für schuldig und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist. k.

Siemianowitz

Der Kampf um Wasserzins und Miete. Es ist kaum möglich, daß sich die Arbeiter der Laurahütte, welche in den Werkswohnungen wohnen, schon lange Jahre eine viel zu hohe Miete abziehen lassen. Die Gesellschaft brüstete sich damit, daß ihre Wohnungen sogenannte Wohltätigkeitseinrichtungen sind. Wie es mit dieser „Wohltätigkeitseinrichtung“ bestellt ist, beweisen die massenhaften Klagen, welche jetzt auf Anregung des Betriebsrats der Laurahütte von den geschädigten Mietern an das städtische Schiedsgericht für Wohnungsangelegenheiten geleistet worden. Als Schulbeispiel diene ein Fall, wo eine Witwe für eine Wohnung mit einer Friedensmiete von 6 Mark 18 Zloty zahlen muß. Dies ist fast 150 Prozent höher, als es nach dem Umrechnungsschlüssel von 1,23 Zloty — 1 Mark zulässig ist. Die meisten Fälle ergeben ein ähnliches Verhältnis. Es wird darunter die Verwaltung der Laurahütte recht tief in den Unternehmersäckel greifen müssen, um die so jahrelang geschädigten Mieter zufrieden zu stellen, denn es sind deren Hunderte. In ähnlicher Weise geht die Verwaltung der Laurahütte jetzt mit der Berechnung des Wasserzinses vor. Der Wasserverbrauch bei einer Familie im Monat Januar stellte sich auf das Riesenquantum von 45 Kubikmetern = 15,50 Zloty, was nach dem Wassermangel festgestellt worden sein soll. Daß eine Arbeiterfamilie in einem Monat soviel Wasser verbrauchen kann, ist vollkommen ausgeschlossen. Wenn tatsächlich soviel Wasser verbraucht wird, so kann dieses nur durch schadhafte Wasserleitungen, defekte Hähne und Spülvorrichtungen eintreten. In der Tat sollen sich diese Einrichtungen in unvorschriftsmäßigem Zustande befinden. Es kam nicht selten vor, daß das Wasser aus schadhaften Hähnen monatelang ohne Unterbrechung lief. Wenn von den Mietern die Schäden gemeldet wurden, so wurde die Reparatur nicht ausgeführt, angeblich, weil keine Ersatzteile und dergl. vorhanden waren. Und nun sollen dafür die Arbeiter büßen, indem sie das durch die Schuld der Verwaltung vergeudete Wasser bezahlen sollen. Die Arbeiter wehren sich mit Recht dagegen. Zuerst muß die Verwaltung der Laurahütte für einwandfreie Wasserleitungen, Spüleinrichtungen und Wassermesser Sorge tragen und dann erst kann sie ihren Mietern den Wasserzins nach Punkten berechnen. -o-

Myslowitz

Die Zustände in der Gemeinde Brzenzkowitz.

Die Starostei hat in der Gemeinde Brzenzkowitz eine Revision durchgeführt. Die Arbeiten sind bereits beendet, aber das Ergebnis wird geheimgehalten. Die Revision hat der Referent Sobota von der Kattowitzer Starostei durchgeführt und hat eine Reihe von Bürgern im Orte vernommen. Die „Polonia“ berichtet, daß die Gemeindebeamten Belege ausgestellt haben, daß sie den Rest der Gehälter ausgezahlt erhalten haben. Der Revisor war aber mißtrauisch gewesen und hat die Familienmitglieder der Beamten vernommen, wobei sich herausstellte, daß die Gehälter nicht ausgezahlt wurden. Die Beamten wurden vom Gemeindevorsteher dazu bewogen, diese Belege auszustellen. Während der Revision wurde auch die Miete vorschußweise eingetrieben, was bei der Revision ebenfalls festgestellt wurde. Was für Folgen die Revisionsergebnisse nach sich ziehen werden, kann man nicht voraussagen, jedenfalls steht es fest, daß in der Gemeinde Brzenzkowitz die Dinge nicht stimmen und vieles nicht in Ordnung geht.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bielschowitz. (Keilerei mit Tanzvergnügen.) Im Lokal Sobik auf der ulica Glowna in Bielschowitz fand ein Tanzvergnügen statt. Dort kam es bald zwischen mehreren Gästen zu Auseinandersetzungen, welche durch den 24jährigen Paul Zydek verursacht worden sind. Die Polizei, welche bald am Tatort erschien, forderte sämtliche Gäste zum Verlassen des Lokals auf, was diese auch taten. Zydek wurde in das Polizeigefängnis gebracht. Kaum das Zydek ½ Stunde in Polizeigewahrsam war, wurden drei Fensterscheiben der dortigen Polizeiwache durch Steinwürfe zertrümmert. Es wird angenommen, daß es sich hierbei um Komplizen des arretierten Zydek handelte. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. z.

Kochlowitz. (Einbruch in eine Ziegeleiwerkstatt.) Zur Nachtzeit wurde in die Werkstatt der Ziegelei auf der ul. Glowna in Kochlowitz, ein Einbruch verübt und dort verschiedene Sägen und anderes Werkzeugmaterial im Werte von 150 Zloty gestohlen. z.

Pleß und Umgebung

Nikolai. (Wichtig für Einkommensteuerzahler!) Laut Artikel 110 der Staatseinkommensteuer vom Jahre 1925 (Dz. U. Rz. P. § 56, Pos. 411, gleichzeitig laut § 39 der Ausführungsverordnung der gleichen Satzung) sind die Arbeitgeber verpflichtet, beim Abzug der Einkommensteuer ihren Arbeitern den Einkommenswert in Naturalien nach den Preisen vom 1. Januar 1933 anzurechnen. Die Leistungen sind in folgendem Preiswert zu berechnen: Für 100 Kilo Roggen 16.50 Zloty, 100 Kilo Weizen 25.00, 100 Kilo Gerste 16.00, 100 Kilo Hafer 16.50, 100 Kilo Kartoffeln 4.50, 100 Kilo Roggenmehl (75proz.) 25.00, Weizenmehl (65proz.) 40.00, 1 Liter Milch 0.23, 1 Kilo Butter 3.50, 1 Kilo Schweinefleisch Lebendgewicht 0.90, Brennholz 6.00, Deputatkohle 100 Kilo 3.10, 1 Liter Petroleum 0.65, 1 Liter Bier für Beamte 1.30, für Arbeiter 1.10, 1 Anzug 160.00, eine kleine Wohnung 130.00 jährlich, mittelmäßig 180.00, große Wohnung 220.00, elektrisches Licht für 1 Zimmer 70, bei 2—3 Zimmern 125, bei 4—5 Zimmern 230 Zl. —ero.

Nikolai. (Turnusurlaub in der Papierfabrik.) Die Verwaltung der Papierfabrik Dittrich wollte 54 Arbeiter auf Turnusurlaub schicken. Diesem Vorschlag widersetzte sich sehr energisch der Betriebsrat und hat durch Vermittlung des Verbandes der Heizer und Maschinisten die Entscheidung des Demo angerufen. Am 20. d. Mts. fand beim Demo eine Konferenz statt, woselbst die Sache einstweilen verschoben wurde. Der Demo wird zuerst die Sachlage in der Fabrik einer Prüfung unterziehen und erst dann entscheiden.

Golassowitz. (Berichtigung.) Vom Gemeindevorsteher in Golassowitz geht uns folgende Berichtigung zu: Na podstawie ustawy prasowej upraszam Redakcję do sprostowania korespondencji z dnia 18. lutego br. dotyczącej mojej osoby. Nieprawdą jest jakobym pobierał od podpisania kwitu rentobiorcom rent społecznych w tut. gminie po 20 gr. Prawdą jest że podpisuję kwity bez wszelkiego wynagrodzenia za takowe i nikt mnie za takie potwierdzenie jeszcze ani grosza nie dał. Że nie wszyscy rentobiorcy są w stanie kwit sami wypisać, więc za wypełnienie takowego kwitu dają dobrowolnie rentobiorcy osobie, która kwit wypełnia, ile się komu podoba bez przymusu. Zaznaczam, że rentobiorcom wiadomo jest, że każdy winien przynieść do potwierdzenia kwit już wypełniony i w obecności potwierdzającego takowy podpisać. — Z poważaniem Naczelnik gminy Golasowice Doleżyk.

Rybnik und Umgebung

Paruschowitz. (Verzweiflungstat eines Nervenkranken.) Im staatlichen Walde bei Paruschowitz verübte der Bernhard Michalski aus der gleichen Ortschaft Selbstmord durch Erschießen. Der Tote wurde mehrere Stunden nach der Tat von seinem Bruder Paul aufgefunden. M. wurde in die Leichenhalle überführt. Wie es heißt, soll Bernhard Michalski bereits seit längerer Zeit, nervenkrank gewesen sein. r.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

In dieser Zeit der schweren Not,

in dieser Blütezeit der Schufte, da diese Worte Theodor Storms ebenso gültig sind, wie seine stolze Mahnung: „Aber hüte deine Seele vor dem Karrieremachen!" ungehört verhallt und alles, was in Hitler-Deutschland sich völkisch nennt, sich nach Posten drängt, und mancher „Geistige" behutsam schweigt und schon mit diesem beredten Schweigen seinen Mantel nach dem jetzt wehenden Winde hängt, — in „dieser Zeit von Salz und Brot", denn mehr ist den Arbeitern kaum noch gegönnt, — in dieser Zeit steht einer groß und tapfer hoch über tausend Schweigenden: Thomas Mann, der weltberühmte deutsche Dichter. Groß: denn er bekennt sich im neuesten Deutschland, in dem Gewalt den Geist niederzuringen sucht, zum Geist und zur Wahrheit, und sein Geist weist über eine trostlose Gegenwart hinaus in eine Zukunft, in der der Geist siegen wird. Groß: denn seine Erkenntnis führt ihn zur Tat, zum Niederreißen der Schranken, der vielfach künstlichen Schranken zwischen den wahrhaft Geistigen und den Arbeitern und trägt ihn an die Seite derer, „die der Erde einen Sinn geben wollen — einen Menschensinn", an die Seite der Arbeiter. Und tapfer: denn es gehört Mut dazu, in diesem Deutschland der „verabscheuungswürdigen Mischung aus Revolution und Reaktion" in den Tagen, da braunhemdige Banden gegen die Arbeiter wüten, sich den Proletariern zuzugesellen, — es gehört Mut dazu, in einer Zeit, da Schlagring und Revolver und Dolch über die Kultur herfallen, sich zur Kultur zu bekennen, zum Sozialismus und zur Demokratie. Der Barbarei scheint Deutschland verfallen, der Barbarei des Nationalismus, aber in das Triumphgeheul der Stürmer gegen Arbeiterheime und Kunstanstalten dringt des Dichters Stimme: „Auf eine scheinbar idealistische Weise soll das menschlich Anständige hintangehalten werden!" — und auch das erfordert heute schon Mut, zum menschlich Anständigen, zum Humanen sich zu bekennen, da doch die Fememörder obenauf sind! — Geistiger und moralischer Niederbruch Deutschlands? Rettungsloses Versinken in der Barbarei? Dauerherrschaft des wütendsten, des ungeistigsten, des brutalsten Nationalismus? Nein! Dieses Dichters Bekenntnis, das auch Bekenntnis des Glaubens an die deutsche Arbeiterklasse ist, erneuert unsere Zuversicht, es stärkt unseren Glauben an unser, an das deutsche Volk und an seine Zukunft! Dieses einen Tapferen Stimme wiegt das Schweigen tausend anderer auf, diese eine Stimme weckt Widerhall in den Herzen hunderttausender gedrückter, gedemütigter, geschmähter und gehetzter und doch treu und tapfer kämpfender Arbeiter, — und über alle Greuel dieser Tage hinaus, für alle Zeiten, ist Thomas Manns Bekenntnis Ehrenrettung des deutschen Volkes, herrliches Zeugnis, daß der deutsche Geist doch der Barbarei sich nicht beugte — und daß es „in dieser Zeit der schweren Not" und „der Blütezeit der Schufte" doch auch unter den Geistigen gab, was so selten ist, — einen wirklichen Mann!

Aus der Theaterkanzlei. Freitag, den 24. Februar wird im Abonnement der Serie rot das musikalische Lustspiel von Bertuch-Rosen „Ist das nicht nett von Colette" zur Aufführung gebracht. Zahlreichen Wünschen entsprechend findet Sonntag, den 26. d. Mts., nachmittags um 4 Uhr, eine nochmalige und damit letzte Wiederholung des reizenden Alt-Wiener Singspiels „Frühling im Wienerwald" statt. Für diese Vorstellung gelten teilweise ermäßigte Preise. Abends um 8 Uhr desselben Tages geht außer Abonnement der Weltschlager „Im weißen Röß'l" in Szene. Der Kartenverkauf für beide Sonntags-Vorstellungen beginnt Freitag um 10 Uhr vormittags.

Das Gesetz über die Altersversicherung

Die sozialistischen Parteien Polens führen schon seit Schaffung des Staates den Kampf um die Einführung der Altersversicherung. Aber schon vor dem Weltkriege stand die Forderung der altösterreichischen Arbeiterschaft nach der Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenversorgung, viele Jahre auf der Tagesordnung. Dieses Gesetz wurde in Alt-Oesterreich noch vor Kriegsausbruch fertiggestellt, nur konnte es nicht ins Leben gerufen werden, weil angeblich das notwendige Stammkapital nicht vorhanden war. Der österreichische Finanzminister erklärte, daß er die paar Millionen nicht aufbringen kann, um den ersten bezugsberechtigten Rentnern die Rente auszubezahlen. Aus diesem Grunde wurde dieses so notwendige Gesetz nicht geschaffen. Aber nur wenige Monate darauf, als der Weltkrieg ausbrach, da waren Milliarden da, um gesunde junge Männer zu Krüppeln und Invaliden, ihre Familien zu Witwen und Waisen zu machen!

Alle fortschrittlicheren Staaten haben schon ein Altersversicherungsgesetz, wonach den alten Arbeitsveteranen eine entsprechende Rente ausgezahlt wird, nur bei uns und am Balkan hat man es nicht für notwendig erachtet, dieses humane Gesetz ins Leben zu rufen. Es gibt heute viele Tausende von Arbeitern, die infolge ihres Alters keine Beschäftigung erhalten, aber auch keine Unterstützung bekommen. Menschen, die 40 bis 50 Jahre lang Mehrwert geschaffen haben, müssen heute betteln gehen, wenn sie nicht verhungern wollen. Von ihrem früheren Lohn konnten sie nichts zurücklegen, weil derselbe so niedrig war, daß er kaum zum Leben ausreichte. Gelang es irgend einem Arbeiter in der Vorkriegszeit, irgend einen Sparpfennig auf die Seite zu legen, so büßten diese Bedauernswerten in der Devalutionszeit ihre sauer erworbenen Ersparnisse vollends ein und stehen heute vor einem trostlosen Nichts.

Es wurde bei uns von einem Altersversicherungsgesetz schon viel gesprochen. Endlich erfahren wir, daß im Warschauer Sejm ein solches Gesetz bereits beschlossen wurde. Aber unsere Freude darüber hat einen sehr bitteren Beigeschmack, denn dieses mangelhafte Gesetz wurde auf Kosten anderer sozialen Errungenschaften geschaffen. Mit einer Hand wird etwas gegeben, mit der anderen wird es wieder weggenommen. Zunächst sollen sämtliche Sozial-Institutionen zusammengeschmolzen werden, um angeblich die Verwaltungs- und Administrationsspesen zu sparen. In Wirklichkeit werden trotz der Verschmelzung die Verwaltungskosten nur noch erhöht. Die Liebkinder des heutigen Regierungssystems werden in die Verwaltungsämter gesteckt und erhalten gute Posten, ohne auch die nötige Qualifikation mitzubringen. So kommt es, daß infolgedessen die Kosten sich nicht verringern sondern nur noch erhöhen.

Der größere Uebelstand ist aber der, daß die Leistungen der Krankenkassen herabgesetzt werden sollen. Die Kosten der Altersversicherung sollen auf Konto der kranken Arbeiter hereingebracht werden. In der Begründung wird dies von den Regierungsmännern so schön gesagt, daß die Arbeiter auch Opfer bringen müssen! Aber hier müssen die Arbeiter diese Opfer ganz allein tragen, währenddem die Allgemeinheit sich von jeder Opferwilligkeit drückt.

Die Unterstützungsdauer in Krankheitsfällen soll von 39 auf 26 Wochen herabgesetzt werden. Aber auch die Höhe der Krankenunterstützung soll von 60 Prozent des Lohnes auf 42 Prozent herabgesetzt werden. Als drittes Opfer wird von den kranken Arbeitern verlangt, daß sie die Aerztekosten und auch die Medikamente selbst bezahlen sollen! Auf diese Art will man diese humanitären Institutionen bei der Arbeiterschaft gänzlich in Mißkredit bringen. Die ganzen Lasten werden der Arbeiterschaft aufgebürdet, während die Fabrikanten sich an den Krankenkassen dadurch bereichern, daß sie die Krankenkassenbeiträge, die sie den Arbeitern bei der Lohnauszahlung bereits abgezogen haben, nicht abliefern! Bei der Debatte über die Sozialversicherungsgesetze im Warschauer Sejm hob ein Redner hervor, daß die Unternehmer den Krankenkassen einen Betrag von 200 Millionen Zloty an rückständigen Beiträgen schulden. Auf diese Art müssen dann die Krankenkassen zugrundegerichtet werden, was die Kommissare nicht schon ruiniert haben, das besorgen restlos die Unternehmer.

Aehnlich schaut es mit der geplanten Altersversicherung aus. In den Genuß der Altersrente kann ein Arbeiter erst nach 4 Jahren gelangen, wenn bei ihm zwei Drittel Arbeitsunfähigkeit festgestellt wird und wenn er das 65. Lebensjahr erreicht hat. Die Höhe der Rente soll 10 Prozent des allgemeinen durchschnittlichen Grundlohnes und 10 Prozent des individuellen Durchschnittslohnes betragen. Heute beträgt der Durchschnittsverdienst im Monat 70 bis 80 Zloty. Die Grundrente würde 7.5 Zloty betragen. Dazu kämen noch die 10 Prozent vom eigenen Durchschnittsverdienst, was 9 Zloty beträgt. Die ganze monatliche Rente würde vom heutigen Tage an gerechnet in 4 Jahren gegen 16 Zloty ausmachen. Bei soviel Opfern, welche die Arbeiterklasse auf Konto einer so fragwürdigen Altersversicherung bringen muß, wirft sich die Frage auf: Will man die Arbeiterschaft frozzeln oder verhöhnen? Die bescheidenen sozialen Schutzgesetze sind fast gänzlich abgebaut, dafür soll der Arbeiterschaft eine Altersversicherung gegeben werden, die eher alles andere ist, nur keine Altersrente.

Die Arbeiterschaft muß jetzt mit aller Energie dahin trachten, daß das Gesetz über die Altersversicherung sowie alle anderen sozialen Schutzgesetze zu dem ausgebaut werden, was sie sein sollen, nämlich wirkliche Arbeiterschutzgesetze.

Unglücksfall. Am Mittwoch, den 22. d. Mts wurde die 28jährige Helene Kubisz am Zennerberg von herabfahrenden Rodlern umgestoßen. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte in das Bielitzer Spital überführt werden. Wie oft haben wir den Unfug des Rodelns auf Verkehrsstraßen kritisiert. Leider geht dieser Unfug weiter und die Unglücksfälle sind die natürliche Folge davon.

Kundmachung. Auf dem Gebiete der Stadt Biala wurde ein kleiner Geldbetrag gefunden, welchen sich der Verlustträger am Bialaer Magistrat, Kanzlei Nr. 3, in den Amtsstunden abholen kann.

Neue Fleischpreise in Biala. Der Bialaer Magistrat gibt bekannt, daß die Preisprüfungskommission (Fleischsektion) ab 23. Februar folgende Preise für Fleischwaren festgesetzt hat: 1 Kilo Rindfleisch mit 20prozentiger Zuwage 1. Qualität 1.20—1.48 Zloty, 1 Kilo Rindfleisch mit 20prozentiger Zuwage 2. Qualität 0.80—1.00 Zloty, 1 Kilo Rindfleisch ohne Zuwage 1.60—1.80 Zl., 1 Kilo Schweinefleisch mit 15prozentiger Zuwage 1.60—1.80 Zloty, 1 Kilo Schweinskoteletten mit Zuwage 1.80 Zloty, 1 Kilo Schweinskoteletten ohne Zuwage 2.00 Zloty, 1 Kilo Kalbfleisch mit 25prozentiger Zuwage 1. Qualität 1.40—1.60 Zloty, 1 Kilo Kalbfleisch mit 25prozentiger Zuwage 2. Qualität 1.00—1.20 Zloty, 1 Kilo Schinken gekocht im ganzen 4.20 Zloty, 1 Kilo Schinken geschnitten 5.00 Zloty, 1 Kilo gewöhnliche Wurst 2.00 Zloty, 1 Kilo Wurst geschnitten 3.00—3.20 Zloty, 1 Kilo frischer Speck 2.00—2.20 Zloty, 1 Kilo Schmalz 3.00 Zloty, 1 Kilo Schmeer 2.00—2.20 Zloty. Koscheres Fleisch: 1 Kilo Rindfleisch mit 20prozentiger Zuwage 1.00—1.50 Zloty, 1 Kilo Kalbfleisch mit 20prozentiger Zuwage 1.30—1.60 Zloty. Die Ueberschreitung der obigen Preise wird mit 6 Wochen Arrest oder 10 000 Zloty Geldstrafe geahndet.

Nikelsdorf. (Tanzabend.) Am Sonntag, den 26. Februar d. Js. veranstalten der A. G. V. „Eintracht" und die „Freien Turner" bei H. Genser einen Tanzabend. Alle Genossen und Gönner obiger Vereine werden hierzu freundlichst eingeladen. Beginn 5 Uhr nachmittags.

Eine Berichtigung des Elektrizitätswerkes. Zu unserem Artikel vom 7. Februar l. Js. unter der Ueberschrift: „Eine zerstörte Legende" sendet uns das Elektrizitätswerk eine lange Berichtigung. Nachdem wir zu deren Veröffentlichung gesetzlich nicht verpflichtet sind, weil sie der gesetzlichen Form nicht entspricht, so bringen wir dieselbe nur im Auszuge und zwar jenen Teil, welcher für die Oeffentlichkeit von Interesse sein kann. Die Elektrownia schreibt: „Eine Richtigstellung erfordern ferner die im obenerwähnten Artikel enthaltenen Angaben betreffend die Höhe des Stromverbrauches unserer Konsumenten vor und nach Beginn des Lichtstreikes (2. November 1932), sowie die Schlußfolgerung, daß die zirka 9prozentige betragende Steigerung des Stromverbrauches im Monat November 1932 im Vergleiche mit dem vorangegangenen Monat Oktober eine „Steigerung der Rentabilität" unseres Unternehmens bedeute... Wie sehr diese Schlußfolgerung unbegründet ist, erhellt aus dem eine jede weitere Erörterung wohl erübrigenden Umstande, daß normalerweise in der Herbstperiode sowie in der ersten Winterhälfte infolge fortschreitender Abnahme der Tageslichtstunden der Gebrauch des künstlichen Lichtes, somit auch der elektrischen Beleuchtung von Tag zu Tag zunimmt. Daß diese geradezu selbstverständliche Zunahme des Stromverbrauches unserer Konsumenten, welche im November 1932 verglichen mit dem unmittelbar vorangegangenen Oktober in der Ziffer von zirka 9 Prozent zum Ausdruck kam, ebensowenig mit der „Rentabilität" des Unternehmens gemein hat, wie die andererseits bei zunehmender Länge der Tage sich von selbst ergebende Verringerung des Stromkonsums, bedarf wohl keiner weiteren Begründung." Hierzu wollen wir nur bemerken, daß wenn auch zugegeben werden kann, daß die angegebene Steigerung des Stromverbrauches um 9 Prozent im November, gegenüber dem Vormonat die Rentabilität des Unternehmens nicht steigert, so kann aber mit Bestimmtheit behauptet werden, daß sie diese Rentabilität nicht senkt und deshalb ist das Verlangen der Stromkonsumenten nach Herabsetzung des Strompreises noch immer berechtigt.

„Wo die Pflicht ruft!"

Festakademie. Am Sonntag, den 26. Februar veranstaltet die O. K. R. der P. P. S. in Biala, aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der polnisch-sozialistischen Partei, um 10 Uhr vormittags im Saale des Hotels „Schwarzer Adler" in Biala eine Festakademie mit reichhaltigem Programm. Die Genossen werden zur Teilnahme eingeladen.

Achtung Mitglieder des Verbandes der Metallarbeiter in Polen, Ortsgruppe Bielsko. Die Generalversammlung der Metallarbeiter Ortsgruppe Bielitz, findet am 26. Febr., um 9 Uhr im großen Arbeiterheimsaal in Bielitz statt und ergeht hiermit an alle organisierten Metallarbeiter von Bielitz-Biala und Umgebung die Einladung zur Generalversammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.



10 Minuten lang stockte der Atem der Weltstadt Paris

Beamte der Pariser Verkehrsgesellschaften während des Demonstrations-Streiks. — Um gegen die übermäßige Steuerbelastung zu protestieren, waren die Angestellten der Pariser Verkehrsunternehmungen sowie auch der Post- und Telegraphenanstalten in einen 10 Minuten währenden Demonstrations-Streik getreten. Tatsächlich blieben auf die Minute genau überall die Autobusse und Straßenbahnen stehen und zwangen so auch die Privatwagen zum Halten.

Der Kölner Karneval in alter Zeit

Kulturgeschichtliche Betrachtungen von Hans Gäfgen.

Schon Caesarius von Heisterbach erzählt, daß zu jener Zeit, also zwischen 1188 und 1240, in Köln der Karneval alle Menschen in Aufregung versetzte und den gewöhnlichen Verlauf des Lebens entscheidend beeinflußte. Ein weiterer Beweis für die schon vor vielen Jahrhunderten am Rhein anzutreffende Sitte, den Karneval festlich zu begehen, ergibt sich aus den Kölner Ratsprotokollen, in denen sich schon 1432 ein unter Hinzuziehung aller Zünfte ausgesprochenes Verbot der übertriebenen Festlichkeiten in den Tagen vor der Fastenzeit findet. Besonders gegen die öffentliche Maskierung, die üblen Gesellen Gelegenheit zum Erpressen von Geld und Nahrung geboten hatte, wendete sich der Rat. Trotz des Verbots aber nahm das Fastnachtstreiben in den nächsten Jahren seinen oft stillschweigend geduldeten Fortgang, bis der Senat zu Köln sich im siebzehnten Jahrhundert veranlaßt sah, gegen die Auswüchse der Karnevalsbelustigungen in entschiedener Form Stellung zu nehmen. Auch später finden wir Verbote der Fastnachtsscherze, soweit sie die öffentliche Ordnung störten oder Anstoß erregten, doch gelang es nur von 1796 bis 1800, die Umzüge usw. völlig zu unterbinden.

Ueber die Vorbereitungen zu den Festlichkeiten finden wir in den Aufzeichnungen eines Schriftstellers, der vor etwa hundert Jahren lebte, unter anderen folgende Bemerkungen: „Von jeher war der Karneval in Köln einzig in seiner Art; der Hang zum Maskieren war ein wesentlicher Charakterzug seiner Einwohner, und man hat Köln in dieser Hinsicht sehr richtig das Venedig von Deutschland genannt. Die drei Tage, die dem Aschermittwoch vorhergehen, sind die Zeit, wo die Fastnachtskomödie spielt. Die Akteurs sind alle Klassen, alle Alter beiderlei Geschlechts; der Schauplatz ist die ganze Stadt, in ihren Häusern, auf ihren Straßen, auf ihren Plätzen, auf ihren Bällen. Schon acht oder vierzehn Tage vorher werden in den Häusern die Pläne gemacht, die Intrigen ersonnen und die Rollen verteilt. Die Frauenzimmer lachen von dieser Epoche an, wenn sie sich ansehen, zischeln sich ins Ohr und arbeiten heimlich; die Männer stellen sich neugierig oder sind es, und machen ihre Entwürfe beim Schöppchen, von welchem die Weiber ausgeschlossen sind. Die Kinder sprechen den ganzen Winter von der Fastnacht und der Winter vergeht geschwinder mit seinen langen Abenden und seinem schlechten Wetter... Am Sonntag eröffnet die Kinder die Fastnachtsmummerei durch die Straßen der Stadt; am Montag erscheinen die Erwachsenen zu Fuß, zu Pferde und zu Wagen, einzeln oder in Gesellschaft. Oft begleitet sie Musik, bisweilen Gesang. Der Mittelpunkt dieses unaufhörlich sich erneuernden Schauspiels in einem Teile der gangbarsten Straßen der Stadt, der Hochstraße, und von dort nach dem Alten Markt hinab, welcher der kölnische Markusplatz ist... Die Häuser stehen den Masken offen, sie werden allenthalben mit Höflichkeit empfangen..."

Ueber die Maskenzüge lesen wir in Aufzeichnung aus dem Jahre 1806 unter anderem: „Unter den Zügen zeichneten sich aus: 1. Ein Postmeister mit seinem Personale, welche mit passender Musik das Leben und die Abenteuer eines Postillons in Gesang erzählten; 2. ein Beamter mit mehreren Bauern aus einem nahegelegenen Dorfe, die Besenreiser trugen und nach Köln gekommen waren, um die jungen Damen gegen gewisse Verunglimpfungen in Schutz zu nehmen; 3. ein Bacchus mit einem Gefolge von Bachantinnen: die einzige Maske, die aus den Mythen der Alten entlehnt war; 4. die Steinfresserin, eine getreue Kopie des vor einiger Zeit hier auf dem Domplatz sichtbar gewesenen Originals; 5. Bettler. Hogarths Pinsel könnte sie nicht treffender darstellen.." usw.

In derselben Quelle heißt es über die Bälle: „Auf den Bällen herrschte Fröhlichkeit, und, ungeachtet des Menschengedränges, Ordnung und Eintracht. Der Freundschaftsball im Steinischen Garten entsprach der transparenten Inschrift: Harmonie und Freundschaft. Ein Chor sehr guter Musikanten führte die Tänze auf. Der Nachtsball bei Monheim zeichnete sich durch die Anwesenheit der ersten Familien, durch Eleganz und geschmackvolle Kleidung der Damen aus, ebenso der Ball im Schauspielhause, der überhaupt nichts zu wünschen übrig ließ. Die innere Einrichtung, Musik und Beleuchtung waren gleich trefflich und dienten zum Beweise, wie wenig die Interessenten die Kosten achten, wenn das Vergnügen des Publikums dadurch befördert wird. Der Gott der Freude rauschte durch die angefüllten Säle, und sein mächtiger Zauber strahlte in jedem Auge wider. In süßem Taumel schwebten die leichtfüßigen Tänzer daher, und der liebliche Schall der Musik verhallte erst mit dem einbrechenden Lichte des Morgens."

Die volkstümlichste Karnevalsfigur im alten Köln war der „Bellengeck", der, mit vielen Schellen behangen und eine Pritsche in der einen und eine Zitrone in der anderen Hand tragend, durch die Straßen der Stadt tanzte und vor den Häusern der Reichen seine Sprüche hersagte, wofür er ein Trinkgeld erhielt. Geiger begleiteten ihn auf seinem Wege durch Köln. —

Seit 1823 gewann das Kölner Karnevalsfest durch die Komitees und Generalversammlungen eine bedeutende Erweiterung. Die Folge der Veranstaltungen wurde in dieser Weise neu geregelt: Wöchentliche Versammlungen des kleinen Rates ab November. Beginn der Generalversammlungen am Neujahrstage. Erscheinen des Festzugs-Programms acht Tage vor Fastnachtssonntag. Donnerstag vor Fastnacht Beginn eines Vorspiels (Einzug einzelner Maskengruppen usw.) Kappenfahrt in meist 3 Abteilungen am Fastnachtssonntag. Beginn des großen Zuges vom Neumarkt aus am Montagmorgen um 10 Uhr, abends offizielle Masken-Redoute. Närrisches Theater usw. am Dienstagmorgen, abends Maskenball im Theater. Großes Narrenessen am Aschermittwoch.

Deutscher Sozialistischer Jugendbund in Polen

Bezirk Schlesien.

Am Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9 Uhr findet im Volkshaus Königshütte, eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Begrüßung und Protokollverlesung
2. „Der Weg der Jugend." Referent: Gen. Kowoll.
3. Diskussion
4. Berichte a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) des Revisors
5. Aussprache
6. Neuwahl des Bezirksvorstandes
7. Anträge und Verschiedenes.

Die Teilnahme von Delegierten erfolgt nach den, im Rundschreiben angegebenen Richtlinien. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Sonnabend, den 25. Februar.

13,15: Schulkonzert. 14: Militärische Stunde. 14,40: Pause. 15,35: Kinderfunk. 16: Leichte Musik. 16,20: Vortrag. 17: Briefkasten für Kinder. 17,25: Musikalisches Zwischenspiel. 17,40: Ein Ausflug ins Museum. 18: Vortrag. 18,25: Leichte Musik. 19: Verschiedenes. 20: Carneval. In der Pause: Sport und Presse. 22,05: Chopin-Konzert. 22,40: Feuilleton. 23: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Sonnabend, den 25. Februar.

11,30: Konzert. 15,40: Die Filme der Woche. 16: Valemo, der Rest russischen Mönchtums. 16,30: Heiteres Konzert. 17,30: Das Buch des Tages. 17,50: Stunde der Musik. 18,20: Die Kunst an der Straße. 18,50: Vom Menuett bis zum Foxtrott. 20: Der Zeitdienst berichtet. 20,30: Flucht ins Grüne (Funkspiel). 22: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,30: Tanzmusik.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. Am Freitag, den 24. Februar, abends um 7.30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Referent: Genosse Gorny.

Allgemeiner Betriebsrätekongreß aller Richtungen.

Am Sonntag, den 26. Februar d. Js., vorm. 10 Uhr, findet im Südparkrestaurant Noglik ein Betriebsrätekongreß statt. Zu diesem Kongreß haben alle Betriebsräte, die im Bergbau beschäftigt sind, Zutritt.

Alle Betriebsräte müssen einen Ausweis haben, denn ohne Ausweis kein Zutritt.

Arbeiterwohlfahrt.

Siemianowitz. Am Montag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, findet bei Kozdon die diesjährige Generalversammlung statt. Alle Genossinnen mögen erscheinen. Referent: Genosse Matzke.

Deutscher Sozialistischer Jugendbund in Polen.

Bezirk Oberschlesien.

Am Sonntag, den 26. Februar, vormittags um 9 Uhr, findet im Volkshaus, Königshütte, die Generalversammlung des hiesigen Bezirks statt. Pünktliches Erscheinen aller Delegierten ist erwünscht. Mitgliedsbuch legitimiert! Referent: Genosse Kowoll.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Freitag, den 24. Februar: Lichtbildervortrag.
Sonntag, den 26. Februar: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 24. Februar: Arbeitsgemeinschaft.
Sonnabend, den 25. Februar: Wochenendkursus.
Sonntag, den 26. Februar: Bezirkskonferenz 9 Uhr früh, abends Heimabend.

Maschinisten und Heizer.

Bezirksgeneralversammlung.

Der Bezirksvorstand beruft nach Paragraph 3 Abs. f. des Bezirksstatuts für Sonntag, den 26. Februar, vorm. 9½ Uhr, nach dem Zentralhotel Kattowitz, die diesjährige Bezirksgeneralversammlung ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl der Versammlungsleitung.
2. Verlesen des Protokolls von der letzten Bezirksgeneralversammlung.
3. Referat: Wirtschaftliche Umwälzungen.
4. Berichte des Bezirksleiters und der Revisoren.
5. Diskussion.
6. Wahlen zum Bezirksvorstand (Beisitzer, Revisoren, Beschwerdekommission).
7. Anträge und Verschiedenes.

An dieser Bezirkstagung nehmen die Bezirksdelegierten teil, sowie auch die ersten Vorsitzenden und ersten Kassierer der Ortsgruppen.

Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen.

Monatsplan der D. S. J. P. Schwientochlowitz.

Freitag, den 24. Februar: Sprechchorprobe und Gesang.

Deutscher Metallarbeiterverband Bezirk Polnisch-Oberschlesien. (Bezirksgeneralversammlung.) Laut Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes Paragraph 33 sowie Punkt 6 des Bezirksstatuts für Polnisch-Oberschlesien, beruft die Ortsverwaltung für den Bezirk Polnisch-Oberschlesien mit dem Sitz in Königshütte, für den 26. Februar, vormittags 9 Uhr nach Königshütte, Volkshaus, die fällige Generalversammlung ein. Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Bevollmächtigten, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 2. Allgemeine Aussprache und Entlastung des Vorstandes. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung. 4. Anträge. An der Generalversammlung nehmen teil: die engere und erweiterte Bezirksleitung, der jeweilige ehrenamtliche Bevollmächtigte und Kassierer der örtlichen Verwaltungen, ferner die Delegierten die nach dem Punkt 6 des Bezirksstatuts für Polnisch-Oberschlesien örtlich zu wählen sind.

Die Bezirksleitung für Polnisch-Oberschlesien.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die diesjährige Bundes-Generalversammlung findet am Sonntag, den 26. Februar, in Kattowitz statt. Wir ersuchen hiermit alle Vereine nochmals, um Entsendung der Delegierten. Treffpunkt aller Teilnehmer ½10 Uhr vormittags, im Zentral-Hotel.

Eichenau. (Bergbauindustriearbeiterverband.) Am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags um 3 Uhr, findet im Lokal Koniarek die fällige Mitgliederversammlung statt.

Bismarckhütte. (Freier Schachverein.) Aus technischen Gründen mußte unser Faschingsvergnügen auf Sonnabend, den 25. Februar, verlegt werden. Beginn abends um 7 Uhr, im Lokal Brzezina, ulica Kalina. Wir bitten alle Freunde des Vereins, diesen durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Lipine. (Freie Gewerkschaften.) Am Sonntag, den 26. Februar d. Js., vorm. 10 Uhr, findet im Saale des Herrn Machon, Lipine, eine Versammlung für die Mitglieder der Freien Gewerkschaften statt, zu der auch Mitglieder von Chropaczow und Schwientochlowitz gebeten werden, zu erscheinen. Referent Sejmabgeordneter Gen. Dr. Glücksmann. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Kostuchna. (Freie Gewerkschaften!) Am Sonntag, den 26. Februar, um 4 Uhr nachmittags, findet im Lokal Krause eine gemeinsame Versammlung der Deutschen Freien Gewerkschaften und des Polnischen Zentralverbandes statt, in welcher die Stellungnahme zur diesjährigen Betriebsrätewahl erfolgt. Alle Kollegen haben mit Mitgliedsbuch zu erscheinen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, findet im Zentralhotel eine Vorstandssitzung sämtlicher Kulturvereine statt.

Königshütte. (Freie Gewerkschaften und Kulturvereine!) Am Sonntag, den 26. Februar 1933, nachmittags um 3 Uhr, findet im großen Saale des Dom Ludowy, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 eine Versammlung der freien Gewerkschaften und Kulturvereine statt. Als Referent erscheint Dr. Glücksmann. Wegen der Wichtigkeit des Vortrages bitten wir alle freien Gewerkschaftler mit ihren Frauen, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Bismarckhütte. Am Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, findet bei Brzezina der Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent: Lehrer Böse.

Kattowitz. Am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels der fällige Vortrag statt.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.